

1. Planung ist wertvoll

Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich für hochwertiges öffentliches Bauen ein. Dadurch werden Folgekosten gesenkt und die architektonische Qualität verbessert das Stadtbild. Es ist wichtig, die Gebäudekosten des gesamten Lebenszyklus zu betrachten, nicht nur die Baukosten alleine. In diesem Sinne ist hochwertiges Bauen regelmäßig günstiger, als vermeintlich billig zu bauen.

Bau- und Planungskosten können unserer Erfahrung nach gesenkt werden, wenn die öffentliche Hand als Auftraggeberin klare Vorgaben zu Gebäudezweck, Raumbedarf und weiteren Zielen (zum Beispiel betreffend Energieeffizienz und Barrierefreiheit) setzt, aber den Experten – nämlich den Architekten – den Weg zum Ziel überlässt.

Nachträgliche Planänderungen durch den Bauherrn sind aus Kostengründen zu vermeiden. Bei Sonderbauten sind wir bereit, eine Stichtagsregelung zu diskutieren: Sobald das Projekt genehmigungsreif dem Bauamt vorliegt, wird es gemäß den zu diesem Zeitpunkt geltenden Standards und Richtlinien wie geplant umgesetzt. Klare und zügige Entscheidungen führen zu wenig Verzögerung. Das ist wichtig, denn beim Bauen gilt, Zeit ist Geld.

Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich für Losgrößen aus, mit denen kleine und mittlere, vor allem regionale Planungsbüros gut arbeiten können. Dadurch werden möglichst viele Architekten als Planungsanbieter angesprochen - es entsteht ein Wettbewerb, der die Bauqualität erhöht. Zudem kennen regionale Ansprechpartner die Besonderheiten eines Baustandorts, dessen Einbindung ins Straßenbild und in bestehende Strukturen naturgemäß am besten. Regionale Partner bilden regionale Identitäten regelmäßig am besten ab.

Zum hochwertigen Bauen benötigen Kommunen Geld. Die AfD Rheinland-Pfalz ist die Partei der Kommunen – wir stehen für eine auskömmliche Kommunalfinanzierung ein. Diese erreichen wir unter anderem über einen besser ausgestatteten kommunalen Finanzausgleich, über geringere öffentliche Sozialkosten im Rahmen der von uns angestrebten Asylwende und Abschiebeoffensive sowie durch Bürokratieabbau und Aufgabenkritik.

2. Bestand schätzen – Ressourcen schonen

Die AfD Rheinland-Pfalz wird den kommunalen Bauherren keine verbindlichen Vorgaben hinsichtlich dem Vorrang von Sanierungen von Bestandsgebäuden vor Neubau machen.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung haben die Kommunen grundsätzlich selbst zu entscheiden, wie sie vorgehen.

Unsere AfD-Kommunalfraktionen berücksichtigen bei ihrem Abstimmungsverhalten in diesen Fragen regelmäßig die Aspekte der Umsetzbarkeit, Wirtschaftlichkeit und (bau)kulturellen Bedeutung des zur Abstimmung stehenden Gebäudes im Vergleich zu eventuellen Alternativen wie Neubauten.

Baudenkmäler und positiv ortsbildprägende Gebäude halten wir grundsätzlich für erhaltungswürdig. Selbst wenn der öffentliche Bedarf an einem solchen Gebäude nicht mehr besteht, sollte stets eine sinnvoll Umnutzung geplant und umgesetzt werden. Wenn im alt-ehrwürdigen Gebäude Leben herrscht, wirkt sich dies in der Regel positiv auf das Umfeld aus.

3. Planen – Genehmigen – Bauen

Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich für Bürokratieabbau aus, auch und insbesondere bei Planung, Genehmigung und Bau von Gebäuden. Maßnahmen dazu sehen wir unter anderem in einer Angleichung der 16 verschiedenen Landesbauordnungen, in der umfassenden und medienbruchfreien Digitalisierung von Bauanträgen sowie in einem einfachen Rechtsrahmen des innovativen Gebäudetyps E. Insbesondere sprechen wir uns für bundesweite Typengenehmigungen aus: Was in einem anderen Bundesland gebaut werden darf, muss auch grundsätzlich in Rheinland-Pfalz gebaut werden dürfen.

Bauämter sind personell oft unterbesetzt. Als Lösung sieht die AfD Rheinland-Pfalz neben dem Abbau und der Vereinfachung von Vorschriften umfassende fachliche Qualifizierung des Personals, um schwer besetzbare Dienstposten nachbesetzen zu können. Durch Aufgabenkritik (wie zum Beispiel die Abschaffung der verwaltungsintensiven Straßenausbaubeiträge) wird kommunales Personal von Tätigkeiten befreit. Dieses Personal kann umgeschult werden auf Aufgaben, die wichtiger bzw. nützlicher sind. Das Land soll diese Umschulungen gemeinsam mit der Arbeitsagentur maßgeblich finanzieren, denn im Einzelfall ist ein Lohnausgleich über ein oder zwei Jahre zu bezahlen.

4. Wohnen bezahlbar machen

Nach Ansicht der AfD Rheinland-Pfalz ist Wohnen mittlerweile zu teuer geworden. Dies betrifft sowohl Kauf- wie Mietpreise. Fatalerweise fungiert der Staat bisher als Kostentreiber statt als Kostenbremse: Die Wohnnebenkosten steigen durch Energiebesteuerung wie die CO₂-Abgabe, Grundsteuer und Gebühren wie für Wasser, Abwasser und Niederschlagswasser.

Die Staatseingriffe auf den Wohnungsmarkt sehen wir kritisch. Durch sehr strikte Bauvorgaben ist der Raum für innovatives, mitunter kostensenkendes Bauen (Gebäudetyp E) stark eingeschränkt. Das muss sich aus unserer Sicht ändern.

Bürokratieabbau und verbesserte Genehmigungsverfahren (zum Beispiel mit Genehmigungsfiktionen) führen zu schnellerem und günstigerem Bauen. Daneben müssen Gesetze so angepasst werden, potentielle Bauherren wieder einen Anreiz zum Bauen haben. Unter anderem die Abschaffung der Mietpreisbremse würde helfen, während die aktuelle Debatte von Union und SPD, doch bitte Mieterträge mit Sozialversicherungsabgaben zu belegen, dem Anreiz zu bauen schadet. Wer das Klumpenrisiko „Immobilien“ eingeht, muss das Recht auf eine Rendite haben, mit der die gestiegenen Kreditzinsen refinanziert werden können.

Natürlich betrachten wir als AfD Rheinland-Pfalz auf dem Wohnungsmarkt nicht nur die Angebotsseite, sondern auch die Nachfrageseite. Vor allem die Massenzuwanderung seit 2015 hat die Wohnungsnachfrage stark steigen lassen, während das Wohnungsangebot nicht hinterherkam. Dadurch sind logischerweise die Preise gestiegen, so dass viele Bürger bzw. Haushalte bei Mieten oder Kaufen finanziell unter Druck geraten. Diese Marktmechanismen wirken aber auch umgekehrt: Remigration (also gesetzeskonforme Maßnahmen zur Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern, z.B. durch Abschiebung) entlastet den Wohnungsmarkt und dämpft den Preisdruck.

Die AfD Rheinland-Pfalz spricht sich dafür aus, den Steuersatz auf die Grunderwerbsteuer zu senken: 3,5 Prozent statt 5 Prozent! Den Steuersatz legt das Land selbstständig fest. Zudem soll für selbstgenutztes Wohneigentum einen Freibetrag geben, der die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder berücksichtigt. Unser Konzept sieht dafür 80.000 Euro pro Kind vor, so dass die Kinderzimmer Grunderwerbsteuerfrei bleiben.

Übrigens hat die AfD-Landtagsfraktion einzige Fraktion im Landtag einen kommunalen Baulandfonds einrichten wollen. Alle übrigen Fraktionen hatten unseren Antrag abgelehnt. Der Baulandfonds hätte es Kommunen ermöglicht, Grundstücke in ihrer Gemarkung zu erwerben, um sie für die weitere Entwicklung in öffentlicher Hand vorzuhalten. Den kommunalen Baulandfonds haben wir in unser Wahlprogramm aufgenommen.

5. Strukturen zukunftsfähig gestalten

Die AfD Rheinland-Pfalz hält Verwaltungsstrukturen der Landesregierung für verkrustet und ineffizient. Wir sprechen uns für die Zusammenlegung von Ministerien aus, so dass mindestens zwei Ministerien eingespart werden. Der Baubereich ist bislang dem Finanzministerium zugeordnet. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir prüfen,

ob es sinnvoll ist, diese Abteilung mit der Landesentwicklung und Regionalplanung zu bündeln. Verantwortung und Zuständigkeit für die für das Bauen relevanten Ressorts können unter einem Dach liegen. Dabei schließen wir ein neues (zusätzliches) Ministerium aus.

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ist es uns als AfD Rheinland-Pfalz wichtig, dass umständliche analoge Prozesse nicht eins zu eins digital abgebildet werden, sondern verschlankt und effizient werden. Digitalisierung muss frei von Medienbrüchen sein (wie von Digital zurück auf Papier).